

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Niklas Schrader, Klaus Lederer und Elif Eralp (LINKE)

vom 31. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. August 2025)

zum Thema:

Görlitzer Park – Umsetzungsstand des Maßnahmenpakets und weitere Planungen

und **Antwort** vom 22. August 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. August 2025)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE),
Herrn Abgeordneten Klaus Lederer (LINKE) und
Frau Abgeordnete Elif Eralp (LINKE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23511

vom 31. Juli 2025

über Görlitzer Park – Umsetzungsstand des Maßnahmenpakets und weitere Planungen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Bezirke Mitte, Neukölln, Charlottenburg-Wilmersdorf, Lichtenberg, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick und Reinickendorf um Stellungnahmen gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt sind bzw. in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben wird.

Frage 1:

Wie ist der jeweilige Umsetzungsstand der 30 Maßnahmen, die beim Berliner Sicherheitsgipfel am 8. September 2023 im Rahmen des veröffentlichten Maßnahmenpapiers beschlossen wurden? (Bitte jede Maßnahme mit Beginn der Umsetzung, aktuellem Umsetzungsstand sowie den eingesetzten finanziellen und personellen Mitteln auflisten!)

Frage 4:

Welche der im Sicherheitspaket vorgesehenen begleitenden sozialen Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, von wem und in welchem finanziellen Umfang? (Bitte für 2024 und 2025 mit Mitteleinsatz auflisten!)

Antwort zu 1 und 4:

Der Sicherheitsgipfel hat für insgesamt 30 Maßnahmen 28,5 Mio Euro für die Jahre 2024 und 2025 bereitgestellt – das Lenkungsgremium hat bisher fast 100 Anträge genehmigt. Das Spektrum der bewilligten und finanzierten Maßnahmen reicht u.a. von der Suchtprävention an Schulen, über die Verstärkung der Ordnungsamtskräfte, Parkläufer, Kiezhausmeister, Kultur- und Sportprojekte, Spritzensammlungen, Verlängerung der Beratungszeiten an verschiedenen Standorten, bis hin zum Ankauf von Evas Obdach, einer Unterkunft für wohnungslose drogenabhängige Frauen in Neukölln.

Das Viersäulen-Modell des Bezirks Mitte zur Verbesserung der Situation am Leopoldplatz ist beispielhaft für eine erfolgreiche Arbeit:

- 1) Sicherheitsverbesserung (u.a. durch die Polizei),
- 2) bauliche Anpassungen,
- 3) Sozialarbeit/Suchthilfe und
- 4) kulturelle Belebung

Es wurden mithin vielfältige Maßnahmen ergriffen, konkret sei genannt die niedrigschwellige Beratungsstelle Müllerstraße, die Toilettenbetreuung, mobile Konsummöglichkeiten, kulturelle Belebung durch Kunstaktionen und einen Wochenmarkt. Durch die Mittel des Sicherheitsgipfels wurde schlussendlich eine deutlich spürbare Verbesserung der Situation am Leopoldplatz erreicht.

Alle Maßnahmen des Sicherheitsgipfels wurden 2024 bzw. werden aktuell in 2025 umgesetzt. Eine Übersicht bezüglich der Finanzmittel, Maßnahmen und Ressorts ist als Anlage beigefügt.

Die Kosten betreffen reine Maßnahmenkosten, personelle Mittel wurden nicht aus den Mitteln des Sicherheitsgipfels finanziert.

M1 Einrichtung eines ressortübergreifenden Lenkungsgremiums

Die Sicherheitslage in Berlin hat sich verändert. Der Anstieg von Drogenkonsum – insbesondere von Crack -, Obdachlosigkeit, sowie Mehrfachbelastungen von Wohnungslosen und die erhebliche Übernutzung einzelner öffentlicher Orte sorgen für eine komplexe Problemlage. Um dieser zu begegnen, wurde ein ressortübergreifendes Lenkungsgremium eingerichtet, um eine gesamtstädtische Strategie zur Stärkung der Sicherheit und Sauberkeit in Parks sowie an öffentlichen Orten und zur Verhinderung von Sucht und Obdachlosigkeit zu entwickeln. Das Lenkungsgremium ist für die Maßnahmen 1-20 des Sicherheitsgipfels zuständig.

Ferner bedarf es einer engen Verzahnung von Sicherheits- und Justizbehörden, um die Kriminalität, insbesondere den illegalen Drogenhandel, effizient zu bekämpfen und Gewaltdelikte zu verhindern. Am Prozess sind sowohl die Senatsverwaltungen als auch die

Bezirksverwaltungen beteiligt. Eingebunden sind die Bereiche Gesundheit, Soziales, Inneres, Justiz, Umwelt, Stadtentwicklung und Finanzen.

Da es sich bei allen Fragen um eine nur gesamtstädtisch zu lösende Aufgabe handelt, hat das Lenkungsgremium eine gemeinsame Arbeitsweise und Mittelvergabe festgelegt, um zielgerichtet die Umsetzung der Sicherheitsgipfel-Beschlüsse zu ermöglichen. Es tagt einmal im Monat.

M2 Drogenkonsumangebot - Sucht und Unterbringung

SenWGP

- Anschaffung von 2 weiteren Konsummobilen, davon eines speziell für Crack-Konsumierende - geplanter Abschluss im Sommer 2025
- Anschaffung eines Beratungsmobils zur flankierenden Sozialarbeit Drogenkonsummobil - Umsetzung durch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
- Eröffnung eines Kontaktcafés in der Suchtberatung Vista - Lahnstr. Neukölln für drogenkonsumierende Menschen
- Vergabe einer Studie zum Crack-Konsum und Vergabe einer Studie zu nichtkrankenversicherten sich auf der Straße aufhaltenden Menschen
- Schnittstellenprojekte mit der Wohnungsnotfallhilfe: Aufsuchende Suchtberatung in ASOG Angeboten in Mitte und Neukölln durch die Suchtberatungen von vista
- Drogenkonsumraum (Crack) mit begleitender Umfeldarbeit / Straßensozialarbeit

M3 Gemeinwesenbezogene aufsuchende Sozialarbeit

Friedrichshain-Kreuzberg:

- Mobile aufsuchende Soziale Arbeit in den Sozialräumen Kottbusser Tor und Görlitzer Park (mit Wrangel- und Reiche-Kiez)
- Verstetigung der Kooperation mit der Kontaktstelle Kotti (Fixpunkt gGmbH): Gemeinsame Streetwork-Einsätze
- Initiierung und Verstetigung der Kooperation mit Gangway e.V., Jugend-Straßensozialarbeit. Seit Mai regelmäßige gemeinsame Streetwork-Einsätze am Kottbusser Tor.
- Teilnahme an der Präventionsrunde Kottbusser Tor
- Monatliches Austauschtreffen Abschnitt 53 Nebenwache „Kotti“, GWA Fixpunkt e.V. und Fixpunkt gGmbH

Bezirk Mitte

Aufbau einer zentralen Koordinationsstelle und Kontaktstelle

SenWGP

Stadtweit niedrigschwellig aufsuchende Sozialarbeit für substanzgebrauchende Menschen im öffentlichen Raum - Aufsuchende Straßensozialarbeit

M4 Toiletten

SenMVKU, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg

Gemeinsames Pilotprojekt von Bezirken, Wall und SenMVKU einer mobilen Toilettenbetreuung aller Bestandstoiletten im Görlitzer Park und in unmittelbarer Umgebung mit dem Ziel, kurzfristig eine Verbesserung der Nutzbarkeit zu erreichen.

Mitte: Einrichtung personalbesetzter Toiletten:

- Öffentliche Toilette für die Allgemeinheit auf dem Leopoldplatz
- Nicht-Öffentliche Toilette für drogenkonsumierende Menschen auf dem Leopoldplatz

Friedrichshain-Kreuzberg: mobile Toilettenbetreuung – erweiterte Bereitstellungsmaßnahmen für öffentliche Toiletten – Maßnahmen u.a.:

- Seit Juli 2024 sind täglich vier Mitarbeitende im 2-Schicht-System mit Fahrrädern und Anhängern unterwegs, um die Berliner Toiletten im Görlitzer Park, in der Falckenstein- und in der Wiener Straße benutzbar zu halten und dauerhaft vor Vandalismus und Fehlnutzung zu sichern.
- Die beiden Teams sind werktags von 07.00 bis 22.00 Uhr und an den Wochenenden von 07.00 bis 23.00 im Einsatz.
- Fehlnutzende werden von den Mitarbeitenden niedrigschwellig angesprochen und aufgefordert, die Toilette zu verlassen. Gelingt dies nicht, werden zusätzlich Parkläuferinnen und Parkläufer, Mitarbeitende des SGA (Park- und Kiezmanagement) und ggf. Ordnungsamt und Polizei hinzugezogen.
- Dabei werden den Fehlnutzenden auch Alternativen aufgezeigt, z.B. die Drogenkonsumräume in der Reichenberger Straße und das mobile Konsummobil im Görlitzer Park von Fixpunkt e.V., oder die Notübernachtung der Johanniter in der Ohlauer Straße.
- Kleinere Verunreinigungen werden von dem Team sofort beseitigt. Größere Verschmutzungen und Defekte werden über eine App an die Wall AG gemeldet.

M5 Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen

Friedrichshain-Kreuzberg:

- Seit April 2024 ist eine Einsatzleitung Park- und Kiezläuferinnen und -läufer im Görlitzer Park im Einsatz, die als Assistenz des bezirklichen Park- und Kiezmanagements fungiert.
- Die Einsatzleitung ist werktags und an einigen Wochenenden (1,0 VZÄ) im Park vor Ort und leitet, kontrolliert und koordiniert die Arbeit der Park- und Kiezläufer.
- Sie stellt zudem eine Schnittstelle zu den anderen Akteuren dar und verzahnt deren Tätigkeiten im Park und den umliegenden Kiezen (Nachtlichter, Mobiles Toilettenteam).
- Die Einsatzleitung steht in regelmäßigem und engem Austausch mit dem bezirklichen Park- und Kiezmanagement und setzt deren Vorgaben vor Ort um.

Friedrichshain-Kreuzberg: Spritzensammelprojekt

- Durch das Peer-Projekt Kreuzberg konnte eine signifikante Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum in Kreuzberg erreicht werden. Dies lässt sich anhand der Zahlen der gesammelten Konsumutensilien belegen.
- Darüber hinaus wird auf Anliegen von Anwohnerinnen und Anwohnern umgehend reagiert, beispielsweise auf Beschwerden bzgl. der Belastung mit Konsumutensilien am Moritzplatz oder dem Spielplatz in der Waldemarstraße 57.
- Diese Orte werden im Nachgang zu Beschwerden, die u.a. vom Bezirksamt an das Projekt weitergeleitet werden, zeitnah begangen und in der Folgezeit in die Sammelroute integriert.
- Peers sind durch die gelben Fixpunkt-Warnwestern gut sichtbar und werden regelmäßig von Bürgerinnen und Bürgern auf die Arbeit angesprochen. Die Rückmeldungen sind durchweg positiv, viele Menschen bedanken sich für die Arbeit.

Tempelhof-Schöneberg: Nachtlichter im Rudolf-Wilde-Park

- Seit März 2024 sind die Mobilen Nachtlichter in einem Zweier-Team im Rudolf- Wilde-Park und auf der Carl-Zuckmayer-Brücke freitags, samstags und vor Feiertagen von 17:00 – 01:30 Uhr im Einsatz.
- Sie sind vor allem präventiv tätig und „scannen“ die Parknutzer auf mögliche Konflikte hin, beobachten bereits am frühen Abend niedrigschwellig, ob sie z.B. größere Mengen Alkohol oder auch verpackte Speisen mit in den Park bringen (den sie dann möglicherweise als Müll zurücklassen würden) und sprechen besonders Gruppen an, bevor der Alkoholpegel zu hoch wird.
- Sie warnen vor möglichem Kontrollverlust durch Alkohol- und Drogenkonsum, möglichem Taschendiebstahl, verteilen Taschenaschenbecher und Mülltüten, etc.
- In Pankow wurde das Awareness-Team im Mauerpark aufgestockt und sorgte für große positiv mediale Aufmerksamkeit.
- Reinickendorf: aufsuchende Sozialarbeit am Schäfersee und Franz-Neumann-Park. Dadurch bessere Ansprechbarkeit von Betroffenen und Kontaktaufnahme zur Vermittlung von Hilfsangeboten.
- Spandau: aufsuchende Sozialarbeit in verschiedenen Grünanlagen und Vermittlung von Hilfsangeboten für Alkohol- und Drogenabhängige verbesserte die Lage

M6: Kiezhausmeister

Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte: Ausweitung der Kiezhausmeisterei

- Durch die Präsenz der Kiezhausmeister und Meisterinnen im öffentlichen Raum wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Nutzenden gestärkt und soziale Kontrolle ausgeübt, die wiederum Fehlverhalten minimiert.
- Darüber hinaus sprechen die Kiezhausmeister und Meisterinnen Menschen bei Fehlverhalten an und weisen sie niedrigschwellig darauf hin. Sie sind zudem in allen Belangen des öffentlichen Raums ansprechbar, verweisen an die entsprechenden Stellen oder leiten Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern an das bezirkliche Park- und Kiezmanagement weiter.

- Die Teams können Hinweise an Straßensozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und aufsuchende Sozialarbeit geben, wenn sie Unterstützungsbedarfe erkennen. Sie geben gleichzeitig Hinweise auf Anlaufstellen und Kontaktmöglichkeiten an potentielle Klientinnen und Klienten.

M7 Unterbringung

SenASGIVA: Ohlauer Straße 365

- Unterkunftsangebote und Konsummöglichkeiten für Wohnungslose, teilweise mehrfach belastete, psychisch erkrankte oder wohnungslose suchtmittelabhängige Menschen, werden geschaffen.
- Der Zugang zu Drogenkonsumangeboten ist niederschwelliger zu gestalten. Not-Schlafstellen am Tag und in der Nacht werden vorgehalten.
- ganzjähriges Übernachtungsangebot (Johanniter Kältehilfe und Fixpunkt) wird in einer Liegenschaft des Bezirks in unmittelbarer Umgebung des Görlitzer Parks durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg realisiert.
- Kauf einer Immobilie für „Evas Obdach“ (Wohnungsnotfallhilfe) in Neukölln. Damit Sicherung und Weiterführung der Unterkunft für obdachlose drogensüchtige Frauen.

M8 Tageseinrichtung

Einrichtung in Mitte

SenWGP

- Tageseinrichtung: Erweiterung Öffnungszeiten der Krisenwohnung für obdachlose Drogenabhängige
- Ausbau Kontaktstelle Neukölln Standort Lahnstraße
- Studie zur Bekämpfung von Crack-Konsum
- Ausbau Kontakt- und Anlaufstelle BülowEck

M9 Substitutionsangebote: Ausbau weiteres Behandlungszentrum

SenWGP

Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und Prävention

M10 Konzept Umgang Gewaltpotential

SenInnSport

- Das Thema „Umgang mit psychisch beeinträchtigten Menschen mit Gewaltpotential“ gewinnt auch in der bundesweiten Betrachtung immer mehr an Bedeutung. Derzeit finden in verschiedenen Gremien der Innenministerkonferenz und der Gesundheitsministerkonferenz bundesweit Abstimmungsprozesse der Länder zur Harmonisierung von Verfahrensabläufen sowie Prüfung von eventuellen Rechtsbedarfsänderungen und der Implementierung eines handlungssicheren Risikomanagements statt.
- Die Ergebnisse dieser Gremienarbeit werden Einfluss auf die Konzeptionierung in Berlin haben.

M11 Angebote Öffentlicher Raum

Mitte:

Wirtschaftliche Belebung des Leopoldplatzes, um den Angstraum in einen Ort der Begegnung zu verändern. Dafür dienen verschiedene Formate wie Sport, Bildung, Konzerte und Feste.

M12 Beschnitt Büsche-Bäume

SenMVKU - Friedrichshain-Kreuzberg

Büsche und Bäume im Görlitzer Park wurden beschnitten, um Sichtachsen herzustellen.

M13 Sauberkeit

SenMVKU + Bezirke:

Die Sauberkeit im Görlitzer Park und auf dem Leopoldplatz wurde durch Aufstellen von Spritzenbehältern verbessert. Zudem wurden Reinigungsintervalle durch die Berliner Stadtreinigung (BSR) erhöht.

- Beide Orte wurden mit Spritzenbehältern ausgestattet.
- Sonderreinigung an beiden Schwerpunkten
- Mittel- und langfristige Verbesserung der Sauberkeit:
 - Leopoldplatz: Prozess mit BIM, SGA Mitte, JugendKultur Mitte, SenMVKU gestartet.
 - Görlitzer Park: Zusätzliche Reinigungsleistung der BSR im Wrangelkiez

M14 Beleuchtung Görlitzer Park

SenMVKU plus Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg

Das Beleuchtungskonzept im Görlitzer Park wurde verbessert. Insbesondere die Eingangsbereiche und Hauptwege werden stärker ausgeleuchtet, um die Sicherheit für Park- und Platznutzerinnen und -nutzer zu erhöhen und die Lage für die Parkläufer und die Polizeikräfte besser erkennbar zu machen.

- Görlitzer Park:
 - Ertüchtigung der Beleuchtung umgesetzt:
 - 30 von 69 Leuchten, die bisher von SenMVKU im Park betrieben wurden, haben hellere Leuchtköpfe bekommen.
 - 16 weitere Leuchten entlang der Gebäudegasse hat SenMVKU vom Bezirk übernommen und in Betrieb genommen
- Leopoldplatz: Verbesserung der Beleuchtung erfolgt.

M15 Umfriedung Görlitzer Park

SenMVKU

Aktuell laufen die Bauarbeiten. Ende 2025 soll die Umfriedung fertig sein und der Görlitzer Park in der Nacht abgeschlossen werden.

M16 Säuberung/Sanierung Spielplätze Schlesischer Busch

Treptow-Köpenick

Der Schlesische Busch grenzt direkt an den Görlitzer Park. Auch hier gibt es daher Drogenhandel und -konsum. Die Sanierung des Spielplatzes Lohmühlenstraße / Görlitzer Bahndamm in Alt-Treptow ist erfolgt – er soll im September 2025 eröffnet werden.

M17 Polizeipräsenz und Prävention

10 Bezirke (außer Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte)

Ordnungsämter wurden aufgestockt, um jeweils zwei Stellen in den Bezirken.

Die Polizei hat zwei neue Bürgermobile angeschafft um sichtbarer zu werden.

SenInnSport

Görlitzer Park

- die Polizei ist unter steter Berücksichtigung der Lageentwicklung täglich im Görlitzer Park präsent (stadtweit höchste Polizeipräsenz)
- Kontakt zu Bezirksämtern und anderen externen Netzwerkpartnern in verschiedensten Formaten sowie beratende Tätigkeit
- Regelmäßige Beteiligung der Polizei an der monatlich tagenden PraktikerInnenrunde Görlitzer Park
- fortgesetzte Durchführung von Präventionsveranstaltungen beispielsweise zum Umgang mit Betäubungsmitteln, Taschendiebstahl und Netzwerkarbeit
- regelmäßige Beratungen zum Thema Einbruchschutz, bei denen auch Fragen zu Drogenkonsum in Hauseingängen, Sachbeschädigungen und ähnlichem erörtert werden, durchgeführt
- Präventive Begleitung der Schulen im Nahbereich des Görlitzer Parks
- Versand des proaktiven Hinweisblattes „Sicheres Wohnen im Kiez“ im September 2024 durch die Polizei Berlin an Hausverwaltungen und HauseigentümerInnen im Umfeld des Görlitzer Parks bzgl. kriminalpräventiver Beratungsangebote und Handlungsempfehlungen zur Erhöhung der
- Teilnahme der Polizei Berlin am Netzwerkformat „Maßnahmengruppe 15 GRÜNBERLIN – Teilmaßnahme Umbau Umfriedung“ zum Auftakttermin am 5. Februar 2025
- Umsetzung und Inbetriebnahme eines neuen Lichtkonzepts im Görlitzer Park

Leopoldplatz

- deutliche Intensivierung der polizeilichen Maßnahmen:
 - Ausweitung des Pilotprojekts ÖPNV in der Direction 1 (Nord) auf der nördlichen U8 und Erhöhung der polizeilichen Maßnahmen (Schwerpunkteinsätze) auf der nördlichen U8
 - Täglicher Einsatz Brennpunktstreife auf dem Leopoldplatz und in den angrenzenden Wohngebieten
 - tägliche Präsenzstreifen von Kontaktbereichsbeamten, inkl. Kontaktaufnahme mit Hauseigentümern, Anwohnenden und Vermietenden

- mehrere Schwerpunkteinsätze pro Monat gem. Einsatzkonzeption unter Einbeziehung des Videoanhängers
- wöchentlicher Einsatz der Mobilien Wache auf dem Leopoldplatz
- zusätzliche Präsenzmaßnahmen durch Kräfte der Direktion Einsatz/Verkehr
- alle acht Wochen „Runder Tisch“ auf Einladung des Bezirksamts zum Austausch zwischen Polizei Berlin, Politik, sozialen Trägern, Anwohnenden und Gewerbetreibenden
- Im Rahmen der o. g. Schwerpunkteinsätze regelmäßige Kontaktaufnahme zu Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Vermietern, Verteilung von Flyer und Informationsmaterial im Nahbereich und Aufhängung in Aufgängen der anliegenden Wohngebäude
- Intensiver Austausch zwischen Präventionsbeamten A 17 und Anwohnenden und Gewerbetreibenden sowie mit Bürgerinitiative „WIR am Leo“
- alle vier bis sechs Wochen „Praktikerrunde“ unter Beteiligung von Bezirksamt, Platzdienst, Fixpunkt e.V., BVG, Grünflächenamt sowie Ordnungsamt und Polizei Berlin

M18 verstärkter Einsatz Videoanhänger

SenInnSport

- die Einsatzzahlen konnten stadtweit gesteigert werden
- die Videoanhänger haben sich als präventives Einsatzmittel bewährt (das bloße Aufstellen und Kennzeichnen der Bereiche führen zu Verhaltensänderungen und Verdrängungseffekten)
- Einsätze werden mit präventiven und repressiven Umfeldmaßnahmen ergänzt
- nur einzelne Einsätze am Leopoldplatz, da besondere Berücksichtigung der Vor-Ort-Situation (u.a. Drogenkonsummobil)
- eine gesetzliche Regelung zur Ermöglichung polizeilichen Videoschutzes an kbO ist Bestandteil der Novellierung des ASOG

M19 Pilotprojekt ÖPNV

SenInnSport

Pilotprojekt ÖPNV

- Durchführung umfangreicher polizeilicher Maßnahmen im Bereich der U-Bahnlinien 1, 6, 8 und 9 seit dem 9. September 2023
- Einsatzkonzeption der Dir 5 zur Stärkung der Sicherheit und Präsenz im Bereich der U1 und U8 wurde erstellt und umgesetzt
- Für die Gewährleistung des polizeilichen Auftrages sind Einsatzkräfte der Abschnitte, der Brennpunkt- und Präsenzeinheit sowie der Einsatzeinheiten in der Zeit von 06:30 Uhr bis zum Betriebsschluss des ÖPNV (Freitag, Samstag bis 03.30 Uhr) vorgesehen
- Rahmenkonzeption der Dir 1 zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Leopoldplatz und den korrespondierenden U-Bahnlinien wurde erstellt und umgesetzt – Bestreifung zw. 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr)
- Im Rahmen der Konzepte finden gemeinsame Einsätze von BVG und Polizei statt

Waffen- und Messerverbotzonen

- Beschluss der Verordnung über das Verbot des Führens von Waffen und Messern am Görlitzer Park, Kottbusser Tor und Leopoldplatz am 17. Dezember 2024 durch den Senat
- Einrichtung der unbefristeten Waffen- und Messerverbotzonen auf der Grundlage des Waffengesetzes mit Wirkung vom 15. Februar 2025

M20 Fester Staatsanwalt

Nach Maßnahmen Nr. 20 sollten für kriminalitätsbelastete Orte feste Staatsanwälte zugewiesen werden. Durch diese „Einhandbearbeitung“ bei der Staatsanwaltschaft und zugleich der direkten Abstimmung mit der polizeilich zuständigen Sachbearbeitung sollte illegaler Drogenhandel effizient bekämpft und Gewaltdelikte verhindert werden.

Die Maßnahme ist vollständig umgesetzt. Um an kriminalitätsbelasteten Orten die Gewaltkriminalität umfassender bekämpfen zu können, stehen seit Januar 2024 feste Ansprechpartner in zwei Abteilungen der Staatsanwaltschaft Berlin zur Verfügung. Daneben stehen – wie bisher – in zwei weiteren Abteilungen feste Ansprechpartner für die Betäubungsmittelkriminalität bereit. Da es sich um eine rein organisatorische Maßnahme handelt, wurden keine besonderen finanziellen oder personellen Mittel erforderlich.

M21 Sonderaltersgrenzen

SenFin

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Mit dem Gesetz über die Anhebung der Altersgrenzen und Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 20. Dezember 2024 (GVBl. S. 643) wurde die Regelaltersgrenze nach § 38 Abs. 1 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes (LBG) im Land Berlin stufenweise angehoben. Die besonderen Altersgrenzen für die Vollzugsdienste und den feuerwehrtechnischen Dienst blieben unverändert.

M22 Dienstunfallrecht und Vorsorgekuren

SenFin

Die Vorgabe soll mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften umgesetzt werden. Die unter § 31 Absatz 6 LBeamtVG vorgesehene Regelung wird Beweiserleichterungen für Dienstunfälle ermöglichen, für die ein erheblich erhöhtes Risiko besteht, an einer der in Satz 1 der Regelung aufgeführten psychischen Störungen zu erkranken. Die Regelung wird für alle beamteten Dienstkräfte des Landes Berlin Anwendung finden.

Mit der für die Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Klärung von Fragen wurde im September 2023 begonnen. Der Senat hat in seiner Sitzung am 05.08.2025 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften zur Kenntnis genommen, die Beschlussfassung über die Vorlage wurde jedoch bis zum Vorliegen der Stellungnahme des Rats der Bürgermeister (TOP 7 der Sitzung am 21.08.2025) zurückgestellt. Das weitere Verfahren schließt sich an.

Die Etablierung von Vorsorgekuren ist Bestandteil der Dienstrechtsreform II, deren Referentenentwurf sich in der Bearbeitung befindet. Eine genaue Zeitschiene für das Inkrafttreten des komplexen Reformvorhabens kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

M23 Absicherung des ehrenamtlichen Einsatzes

SenInnSport

- In Berlin sind die ergänzenden und freiwilligen Leistungen bzw. die Mehrleistungen im Feuerwehrgesetz, im Beamtenversorgungsgesetz und der Satzung der Unfallkasse Berlin geregelt. Ferner wird privatwirtschaftlich vorgesorgt. Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren werden bei Dienstunfällen vergleichbaren Beamten gleichgestellt (§ 9 Abs. 3 FwG). Zudem werden Leistungen der Unfallkasse Berlin, inklusive der satzungsmäßigen Mehrleistungen als freiwillige Leistungen, zu Gunsten der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren vorgenommen. Über die nach § 9 Abs. 1 FwG zu gewährenden Leistungen hinaus erhalten bei Invalidität der Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren oder bei seinem Tode die Hinterbliebenen Leistungen aus einer privaten Unfallversicherung, deren Beiträge grundsätzlich vom Land Berlin gezahlt werden. Den entsprechenden Versicherungsvertrag hat die Berliner Feuerwehr mit der Feuersozietät Berlin Brandenburg abgeschlossen.
- Die weitere Prüfung dauert jedoch noch an.

M24 Schutz von Beschäftigten

SenFin

Zur Schaffung einer landesweit einheitlichen Handlungsgrundlage zum Gewaltschutz hat die Senatsverwaltung für Finanzen mit dem Hauptpersonalrat (HPR) eine Rahmendienstvereinbarung zum Schutz der Beschäftigten vor Gewalt im Berliner Landesdienst (RDV Gewaltschutz) verhandelt. Die Verwaltungsbeteiligung ist abgeschlossen, die Rückläufe der Dienststellen werden derzeit ausgewertet.

Im Zuge der Verhandlung hat sich herauskristallisiert, dass eine zentrale Erfassung und Auswertung sämtlicher Gewaltfälle Grundvoraussetzung für eine gelingende Gewaltprävention ist. Hierfür soll eine zentrale Erfassungsstelle bei der der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnSport) angegliederten Landeskommission Berlin gegen Gewalt (LK) eingerichtet werden. Die Inkraftsetzung der RDV wie auch die Arbeitsaufnahme der zentralen Erfassungsstelle sind zum Jahresende geplant.

M25 Ausweitung Ausnahmeregelung Parkraumbewirtschaftung

SenInnSport

- das Vorhaben „Ausnahmeregelung Parkraumbewirtschaftung für Dienstkräfte“ ist abgeschlossen
- Zwischen SenMVKU und SenInnSport konnte eine Einigung über die erleichterte Beantragung von Ausnahmeparkgenehmigungen bei ungünstigen Arbeits- oder Einsatzzeiten für Beschäftigte der Daseinsvorsorge und der systemrelevanten Infrastruktur erzielt werden
- Anträge der Beschäftigten der Polizei Berlin, der Berliner Feuerwehr und der Berliner Justiz werden nunmehr zentral beim LABO bearbeitet

- entsprechende Änderung des Zuständigkeitskatalogs Ordnungsaufgaben (ZustKatOrd), der Anlage zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) und Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt von Berlin (GBVB) am 23.12.2023

M26 Änderungen Polizeirecht

SenInnSport

Ein Teil der umfassenden Novellierung ist bereits mit dem Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften am 20. Dezember 2023 (GVBl. S. 459) erfolgt. Weitere Änderungen sind mit dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD im Abgeordnetenhaus über ein Gesetz zur Reform des Berliner Polizei- und Ordnungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 29 der Verfassung von Berlin (Drucksache 19/2553) vorgesehen, sodass die umfassende Novellierung abgeschlossen wäre.

M27-29

Die Maßnahme 27 ist bereits im Jahr 2024 kostenneutral umgesetzt worden. Die ressortübergreifenden Strukturen zur Bekämpfung der Clankriminalität sollten durch eine ganzheitliche Betrachtung des gesamten Phänomenbereichs der Organisierten Kriminalität, durch eine Konzentration auf neu zu detektierende illegale Geschäftsmodelle und durch Intensivierung der Bekämpfung der Geldwäsche, des Betäubungsmittel- und Waffenhandels sowie der Nutzung von Kryptowährungen weiterentwickelt werden. Um keine Parallelstrukturen zu schaffen und Reibungsverluste zu verhindern, sind die bereits bestehenden Strukturen der Koordinierungsstelle Organisierte Kriminalität (KO-OK) dafür nutzbar gemacht worden, indem diese strategisch neu ausgerichtet und der seit 2018 bestehende Fünf-Punkte-Plan auf Phänomenbereiche der Organisierten Kriminalität erweitert wurde.

Weiter koordiniert die KO-OK auch die Durchführung ressortübergreifender ad-hoc-Konferenzen bei herausragenden Entwicklungen, wie sie in Maßnahme 28 beschlossen wurden.

Über eine Neuausrichtung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich Prävention und Distanzierung von kriminellen Strukturen wird die KO-OK im Oktober 2025 im Rahmen ihrer nächsten Sitzung entscheiden. Die unter Punkt 29 beschlossenen Maßnahmen werden Gegenstand der zukünftigen behördenübergreifenden Zusammenarbeit in diesem Bereich sein.

M30 Beweiserleichterung zur Vermögensabschöpfung

SenInnSport

Mit der Umsetzung der Maßnahme Nummer 30 ist begonnen worden. Es kann nicht prognostiziert werden, wann mit der endgültigen Umsetzung der Gesetzesinitiative zu rechnen ist. Derzeit befindet sich das Vorhaben in der rechtlichen Prüfung.

Frage 2:

Wie sehen die Zeitpläne für die weitere Umsetzung dieser Maßnahmen, speziell für den Görlitzer Park, im Detail aus? (Bitte jede Maßnahme mit geplantem Ablauf und Zeitplan aufführen!)

Antwort zu 2:

Die Umsetzung aller Maßnahmen läuft. Wie lange die Maßnahmen im Einzelnen über das Jahr 2025 hinauslaufen können, hängt von der Weiterfinanzierung ab. Diese steht erst mit der Verabschiedung des nächsten Doppelhaushalts fest.

Frage 3:

In welchen Einzelplänen und Titeln des Entwurfs für das „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025“ wurden Mittel für die im Maßnahmenpapier zum Sicherheitsgipfel erwähnten Maßnahmen eingestellt, und in welcher Höhe? (Bitte einzeln aufschlüsseln!)

Antwort zu 3:

Für die Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der Beschlüsse des Sicherheitsgipfels wurde im Haushalt 2024/2025 eine zentrale Vorsorge in Höhe von rund 15,1 Mio. Euro im Jahr 2024 und rund 13,4 Mio. Euro im Jahr 2025 getroffen, davon 8.661.000 Euro (2024) bzw. 6.990.000 Euro (2025) als Verstärkungsmittel bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt im Kapitel 0700, Titel 97110 für Maßnahmen der Hauptverwaltung und im Kapitel 2707, Titel 97110 in Höhe von jeweils 6.350.000 Euro für Maßnahmen der Bezirke.

Frage 5:

Trifft es zu, dass einzelne Maßnahmen in den Jahren 2024 und 2025 nicht oder nur eingeschränkt umgesetzt werden konnten? Wenn ja: Welche Gründe gab es im Einzelnen, wie hat der Senat darauf reagiert und was geschah mit nicht abgerufenen Mitteln?

Antwort zu 5:

Durch das späte Aufstellen des Haushaltes 2024/25 (Auswirkungen der Pauschalen Minderausgabe) kam es zu Verzögerungen einzelner Maßnahmen. Nicht verausgabbare Mittel wurden durch den Senat auf andere Projekte umverteilt. So konnte beispielsweise Evas Obdach – eine Unterkunft für obdachlose drogensüchtige Frauen in Neukölln - von SenASGIVA mit Mitteln des Sicherheitsgipfels angekauft werden, um das Projekt zu sichern und weiterführen zu können. Ebenso wurden zusätzliche Maßnahmen gegen Drogensucht und Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum in Neukölln finanziert.

Frage 6:

Wie genau hat sich seit dem 8. September 2023 das Angebot von Drogenkonsummobilen und Konsumräumen insbesondere hinsichtlich Öffnungszeiten und Ausweitung auf weitere Standorte entwickelt?

Frage 7:

Wie genau hat sich seit dem 8. September 2023 das Angebot von Unterkunftsangeboten, Notschlafstellen und Drogenkonsummöglichkeiten insbesondere hinsichtlich Öffnungszeiten und Ausweitung auf weitere Standorte entwickelt?

Antwort zu 6 und 7:

Seit dem 8. September 2023 wurde das Angebot von Drogenkonsumräumen und Konsummobilen wie folgt ausgeweitet:

Der Träger Fixpunkt e.V. konnte im Jahr 2024 ein zusätzliches Beratungsmobil und im Jahr 2025 ein für den Einsatz als Drogenkonsummobil vorgesehenes Mobil erwerben, das auf den Nutzungszweck angepasst werden muss und daher erst 2026 zum Einsatz kommen wird.

Die Öffnungszeiten der mobilen Angebote konnten am Leopold- und Stuttgarter Platz sowie im Görlitzer Park sukzessive erhöht werden. Ab Juni 2024 um wöchentlich fünf Stunden am Leopoldplatz und am Stuttgarter Platz ab Juni 2025 ebenfalls um wöchentlich fünf Stunden.

Seit Juni 2024 ist am Leopoldplatz auch am Samstag der dortige stationäre Container für Beratungsleistungen und als Anlaufstelle mit Konsumutensilienvergabe für drogenkonsumierende Menschen im Einsatz. Gleichartige mobile Angebote gibt es aktuell montags bis freitags auch am Jakob-Kaiser-Platz und Anita-Berber-Park.

Seit Mitte Juni 2025 wird zusätzlich in dem stationären Drogenkonsumraum „SKA“ in Berlin Kreuzberg an zwei Wochentagen ein Drogenkonsumangebot am Abend bis 22:00 Uhr vorgehalten, um eine bessere Anbindung an die in unmittelbarer Nähe gelegene Notübernachtung „Ohlauer 365“ zu ermöglichen. Dieses Angebot wird zeitnah um einen weiteren Abendöffnungstag erweitert werden.“

Die ehemalige Notübernachtung der Kältehilfe in der Ohlauer Straße wurde zu dem Projekt „Ohlauer 365“ erweitert und konnte im Juni 2024 seine Arbeit aufnehmen. Als ganzjährige Notunterkunft bietet es niedrigschwellige und anonyme Schlafplätze für 88 Personen mit und ohne substanzbezogene Suchterkrankungen an.

Der Träger Johanniter e.V. arbeitet in diesem Projekt eng mit dem Träger Fixpunkt und den vor Ort bereitstehenden niedrigschwelligen Angeboten der Suchthilfe zusammen. So haben die Träger einerseits ihre Öffnungszeiten aufeinander anpassen können, um zu prüfen, wann eine Überleitung von dem einen in das andere Angebot besser gelingen kann, und die Notübernachtung hat seit diesem Jahr ihr Angebot weiter ausgebaut, um auch tagsüber Ruheplätze für konsumierende Personen anzubieten.

Frage 8:

Wie genau hat der Senat die Aufsuchende Sozialarbeit seit dem 8. September 2023 für Suchtkranke mit zusätzlichen Stellen, höherer Vergütung oder Erweiterung des Adressat*innenkreises gestärkt?

Antwort zu 8:

Im Rahmen des Maßnahmenpaketes Sucht und Unterbringung konnte der Senat im letzten Jahr aufsuchende stadtweite Sozialarbeit durch Interventionsteams der Träger Fixpunkt e.V. und Fixpunkt gGmbH sowie der vista gGmbH und des Notdienst Berlin e.V. etablieren.

Zu den Aufgaben der Teams gehört insbesondere die bezirksübergreifende mobile aufsuchende soziale Arbeit in von Drogenkonsum im öffentlichen Raum betroffenen Sozialräumen/Bezirken, in denen es bislang noch keine niedrighschwelligigen Drogenhilfe-Kontaktangebote und Drogenkonsumräume gibt.

Neben Kontaktaufnahme, Beziehungsaufbau und Motivationsarbeit zur Inanspruchnahme weiterführender und gesundheitserhaltender Hilfen erfolgt Monitoring und Sozialraumanalyse zur Situation im öffentlichen Raum (Straßenland, Grünanlagen, öffentliche Toiletten, ÖPNV) im Hinblick auf Drogenkonsum, Nutzungskonflikte und Problemlagen.

Darüber hinaus bietet die Vista gGmbH seit Ende letzten Jahres regelmäßig vor Ort aufsuchende Sozialarbeit und Suchtberatung für Bewohnende in der ASOG Einrichtung „Panorama am See“ in Mitte an. Das Angebot wurde in diesem Jahr auf weitere ASOG Einrichtungen in Neukölln und angrenzende Bezirke ausgeweitet.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg teilt hierzu mit:

„Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat im Jahr 2024 im Rahmen des Sicherheitsgipfels für das Projekt Gemeinwesenbezogene aufsuchende Sozialarbeit (GWA) 100.000 € erhalten und dieses mit dem Träger Fixpunkt e.V. umgesetzt. Für eine Ausweitung des Projektes in 2025 (u.a. in Kooperation mit dem mobilen Toilettenteam) wurden 200.000 € beantragt. Des Weiteren finanziert der Bezirk über die Mittel des Sicherheitsgipfels seit April 2024 das Peer-Projekt, im Rahmen dessen Konsumutensilien im öffentlichen Raum gesammelt werden (2024: 100.000 €; 2025: 130.000 €).

Im Rahmen des GWA-Projekts zeigte sich ein dringender Bedarf an Angeboten für konsumierende Minderjährige im Umfeld Kottbusser Tor. Für diese Zielgruppe wurden aus dem Sicherheitsgipfel 100.000 € für aufsuchende Sozialarbeit beantragt. Das Projekt startete im April 2025 und wird vom Träger Gangway e.V. umgesetzt.“

Der Bezirk Neukölln teilt hierzu mit:

„Im Rahmen des Sicherheitsgipfels wurde die aufsuchende Sozialarbeit über das Peerprojekt Neukölln als Ergänzung wie folgt gestärkt:

2024:

60.000 € vom 01.06. - 31.12.2024 für
0,75 VzÄ Projektkoordination Sozialarbeit
0,75 VÄ zusätzliche Sprachmittlung

2025:

125.050 € vom 01.01. - 31.12.2025

0,75 VzÄ Projektkoordination Sozialarbeit

0,5 VzÄ Soziale Arbeit

74.000 € vom 01.05.- 31.12.2025 als Aufstockung für

1,05 VzÄ Sozialarbeit

0,2 VzÄ für Projektassistenz.“

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf teilt hierzu mit:

„Das Gesundheitsamt Charlottenburg-Wilmersdorf hat im Rahmen des Pakts für den ÖGD bereits im Jahr 2021 Stellen erhalten und daraus zwei Sozialarbeitende sowie eine ärztliche Stelle im sozialpsychiatrischen Dienst (SpD) geschaffen.

Somit kann der SpD in Charlottenburg-Wilmersdorf sucht- und psychisch kranken Menschen bessere Unterstützung bieten und bei Bedarf auch aufsuchend tätig sein. Derzeit ist eine der beiden neuen Sozialarbeiterstellen nicht besetzt, jedoch ist der sozialpsychiatrische Dienst mit derzeit 10 Sozialarbeitenden gut aufgestellt.“

Der Bezirk Lichtenberg teilt mit:

„Im Bezirk Lichtenberg hat das Bezirksamt/OE QPK die Erweiterung des Adressatenkreises gestärkt mit aufsuchender Sozialarbeit für suchterkrankte wohnungslose Menschen mit dem Projekt „Gemeinwesenbezogene Sozialarbeit – M5 Parkläufer“.

Ziel der Maßnahme ist es, über die gemeinwesenbezogene Sozialarbeit mit Methoden der aufsuchenden Drogen- und Suchthilfe und niedrigschwelliger Ansprache das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Personen- und Nutzergruppen zu verbessern, Konflikte zu schlichten, die Annahme von Sucht- und Wohnungshilfeangeboten zu fördern und zu entsprechenden Hilfsangeboten zu vermitteln, das Sicherheitsempfinden von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Gewerbetreibenden mittelbar durch Verbesserung von Ordnung und Sauberkeit zu erhöhen.“

Der Bezirk Reinickendorf teilt hierzu mit:

„Die bestehenden Problematiken im Hinblick auf den öffentlichen Drogen- und Alkoholkonsum im Bereich Franz-Neumann-Platz/Schäfersee waren Bestandteil der Beratungen im Rahmen des Berliner Sicherheitsgipfels.

Auf Grundlage der Beschlüsse des Lenkungsgremiums wurden dem Bezirk für die Umsetzung der Beschlüsse des Berliner Sicherheitsgipfels auf Bezirksebene entsprechende Finanzmittel zugesagt. Insgesamt standen bzw. stehen dem Bezirk in den Jahren 2024/2025 jeweils 158.000 € zur Verfügung, welche von den Trägern Fixpunkt e. V. und Stiftung SPI – Drogenhilfe Nord im Rahmen gemeinwesenbezogener, aufsuchender Straßensozialarbeit eingesetzt werden.“

Der Bezirk Spandau teilt hierzu mit:

„Im Rahmen der Zuwendungsprojekte der OE QPK Spandau konnte das Projekt "Aufsuchende Sozialarbeit zur Problematik des Alkohol- und Suchtmittelmissbrauchs in der Spandauer Öffentlichkeit" (SPAX) ab dem Jahr 2024 mit Mitteln des Berliner Sicherheitsgipfels aufgestockt werden.

Dies ermöglichte die Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen (jeweils 75 % der Regelarbeitszeit) und die verstärkte Präsenz der aufsuchenden Sozialarbeit für die Zielgruppe in öffentlichen Grünanlagen des Bezirks Spandau.“

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf teilt hierzu mit:

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf hat im Rahmen der Maßnahme 5 „Gemeinwesenbezogene Sozialarbeit“ des Maßnahmenpakets des „Berliner Sicherheitsgipfels“ dem freien Träger Gangway e.V. seit dem 01.10.2024 Zuwendungen erteilt für die Durchführung eines Projektes der aufsuchenden und gemeinwesenbezogene Straßensozialarbeit im öffentlichen Raum.

Zielsetzung des Projektes ist es, durch präventive Maßnahmen und niedrighschwellige Angebote den Schaden durch den Gebrauch von psychoaktiven Substanzen zu minimieren und die psychosoziale und gesundheitliche Lebenssituation dieser Menschen zu stabilisieren, aber auch das friedliche Zusammenleben zu fördern, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu minimieren und den öffentlichen Raum sicherer und sauberer zu gestalten.

Auch die mögliche Vermittlung in weiterführende ambulant komplementäre Hilfen gehört zur erweiterten Zielsetzung.

Für die finanzielle Zuwendung standen im Jahr 2024 Zuwendungsmittel in Höhe von bis zu 158.306 € (Zuwendungszeitraum Oktober bis Dezember 2024) und im Jahr 2025 in Höhe von bis zu 168.754 € (Zuwendungszeitraum Januar bis Dezember 2025) zur Verfügung. Durch dieses Projekt mit wöchentlich 60 Arbeitsstunden verteilt auf zwei Stellen wird die bezirklich aufsuchende Straßensozialarbeit mit obdachlosen und substanzkonsumierenden Menschen gestärkt.“

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg teilt hierzu mit:

„Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg wurden im Rahmen des Sicherheitspakets bereits mehrere begleitende soziale Maßnahmen umgesetzt. Im Jahr 2024 wurde das Projekt „Nachtlichter Rudolf-Wilde-Park“ realisiert. Dabei waren zwei mobile Mitarbeitende des Trägers Think SI3 UG an Wochenenden und vor Brückentagen in den Abend- und Nachtstunden im Rudolf-Wilde-Park sowie an umliegenden Hotspots wie dem S-Bahnhof Friedenau und dem Dürerplatz im Einsatz.

Ziel der Maßnahme war es, durch sichtbare Präsenz, pädagogische Ansprache und die Moderation zwischen Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Parkbesucherinnen und Parkbesuchern Nutzungskonflikte zu entschärfen, Gewalt- und Eigentumsdelikte zu verhindern sowie die Sauberkeit und das subjektive Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu verbessern. Die Gesamtfinanzierung belief sich auf 64.965,31 Euro.

Für das Jahr 2025 ist außerdem die Finanzierung eines Sichtschutzzauns für die Kita „Haus der Kinder“ mit einem Investitionsvolumen von 110.000 Euro vorgesehen. Die Kita des Trägers FIPP e.V. befindet sich in der Kurmärkischen Straße in unmittelbarer Nähe zur Kurfürstenstraße, einem Gebiet mit einer hohen Belastung durch Drogenkonsum und Straßenprostitution.

Direkt gegenüber liegt zudem eine Kältehilfeeinrichtung für obdachlose Menschen. Der bestehende Zaun rund um das Grundstück der Kita ist unzureichend; es kommt regelmäßig vor, dass Suchtmittel konsumiert sowie Alkoholflaschen und Müll unmittelbar neben der Einrichtung entsorgt werden. Täglich werden benutzte Spritzen und Drogenbesteck durch den Zaun hindurch in den Kita-Garten geworfen. Um den Schutz und die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten, soll ein hoher, blickdichter Zaun installiert werden. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen einer Zuwendung an den Träger und ist bis Ende 2025 geplant“.

Der Bezirk Treptow-Köpenick teilt hierzu mit:

„Im Jahr 2024 hat sich der Bezirk Treptow-Köpenick durch Antragstellung auf Mittel im Rahmen des Berliner Sicherheitsgipfels dafür eingesetzt, zusätzliche Stellen für *Gemeinwesenbezogene Sozialarbeit und niedrigschwellige, aufsuchende Drogen- und Suchthilfe (Sozialarbeit)* zu erhalten.

Sowohl für das Jahr 2024 als auch 2025 wurden hierzu Mittel durch den Berliner Sicherheitsgipfel bewilligt und per Zuwendung durch den Bezirk Treptow-Köpenick ausgereicht. Hierdurch konnte der Kreis der Adressatinnen und Adressaten um die Zielgruppe suchtkranker Menschen im Rahmen der Straßensozialarbeit explizit erweitert werden.

Konkret wurden 2024 und werden 2025 jeweils 100.000,- € für die aufsuchende Sozialarbeit im Projekt „Straßensozialarbeit mit obdachlosen, substanzkonsumierenden Menschen im Bereich Karl-Kunger-Kiez und Schlesischer Busch“ an den Träger Gangway e.V. im Wege der Zuwendung ausgereicht. Finanziert werden 2025 eine Stelle VZÄ Sozialarbeit mit S 12 und weitere Projektkosten. Es sind weder Basiskorrekturen noch Höhergruppierungen bekannt, die auf der genannten Grundlage erfolgten.“

Der Bezirk Mitte teilt hierzu mit:

Die im Rahmen der Maßnahmen des Sicherheitsgipfels dem Amt für Soziales Mitte zur Verfügung gestellten zwei Stellen für Aufsuchende Arbeit für das sog. Case Management am Leopoldplatz konnten nach verzögerter Finanzierungszusage erst Ende 2024 ausgeschrieben werden. Danach hat zunächst ein Sozialarbeiter seine Tätigkeit am 10.03.2025 aufgenommen. Nach erneuter Ausschreibung ist die Besetzung der zweiten Stelle zum 15.08.2025 geplant. Die Finanzierung beider Stellen endet mit dem 31.12.2025.

Die Tätigkeiten dieser Sozialarbeitenden sind nicht speziell im Bereich der Suchthilfe angesiedelt. Neben dem Vorhandensein von Suchterkrankungen und psychischen Einschränkungen fehlt es den Betroffenen am Leopoldplatz oftmals an persönlichen Ressourcen

(u.a. wie Krankheitseinsicht, Motivation, Wohnfähigkeit, Sprach- und Selbstkompetenzen). Zudem sind verstärkt die rechtliche Stellung (Status und Aufenthalt) und die formale Zuständigkeit unklar, wodurch mögliche Leistungsansprüche nicht realisiert werden können.

Ergänzend zu den Angeboten der Sucht- und Sozialhilfe setzt zur Beseitigung dieser Defizite die Arbeit des Case Managements an. Dabei handelt es sich um eine intensive, einzelfallbezogene Betreuung, die auf individuelle Bedürfnisse, Interessen und Ressourcen der Klienten (und Klientinnen) eingeht, in der Folge personenbezogen und sozialraumorientiert Vorgehensweisen entwickelt und diese kleinteilig umsetzt, um eine Persönlichkeitsentwicklung, eine Verhaltensänderung und einen Kompetenzzuwachs zu erreichen und damit die Lebensperspektive der Betroffenen zu verbessern.

Zu den Aufgaben der Sozialarbeitenden im Case Management gehören u.a.:

- Individuelle Betreuung der Klienten (und Klientinnen) im Sozialraum und in der Einrichtung
- Zusammenarbeit mit Einrichtungen zur Unterbringung
- Auswerten der praktischen Erfahrungen, insbesondere zu Barrieren der Betreuung, Chancen und Risiken
- Koordinierung im Amt und zwischen Behörden, Trägern etc.
- Mitwirkung bei der Konzipierung zukünftiger Angebote“

Frage 9:

Wie genau hat der Senat seit dem 8. September 2023 Substitutionsbehandlungsangebote für Suchtkranke mit weiteren Standorten an welchen genauen Orten, längeren Öffnungszeiten und mehr Personal etc. gestärkt?

Antwort zu 9:

Der Senat hat in 2024 aus Mitteln des Sicherheitsgipfels die einmalige bauliche sicherheitstechnische Herrichtung einer suchtmmedizinischen Praxis, nach den Vorgaben der vom Landeskriminalamt in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt festgelegten Sicherheitsbedingungen, zur Nutzung für die diamorphingestützte Substitutionsbehandlung in Berlin Spandau finanziell unterstützt.

Opiatsubstitution, d.h. die Substitutionsbehandlung ist eine ärztliche Leistung nach SGB V. Die Namen, Praxisanschriften und Öffnungszeiten der für die Erbringung von Leistungen der suchtmmedizinischen Grundversorgung zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen zugelassenen ärztlichen Leistungserbringer sind über die Online-Arztuche der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin ermittelbar. Weitergehende Erkenntnisse über einzelne Standorte, Öffnungszeiten oder Personal von Substitutionsbehandlungsangeboten liegen dem Senat nicht vor.

Frage 10:

Für welche der sozialen Begleitmaßnahmen kann der Senat eine Weiterfinanzierungsgarantie für die kommenden Jahre geben? (Bitte Maßnahme, garantierten Finanzierungsumfang und Laufzeit auflisten!)

Antwort zu 10:

Hierzu befindet sich der Senat in Abstimmung – konkrete Aussagen sind erst nach Beschluss des Doppelhaushalts 2026/2027 durch das Abgeordnetenhaus möglich.

Frage 11:

Wie viele angemeldete und unangemeldete Versammlungen bzw. Protestaktionen etc. gab es nach Kenntnis des Senats gegen die Pläne zur Einzäunung und nächtlichen Schließung des Görlitzer Parks seit Bekanntwerden dieser Maßnahmen? (Bitte monatlich aufschlüsseln!)

Antwort zu 11:

Bislang wurden im erfragten Zeitraum vom 8. September 2023 bis zum 8. August 2025 insgesamt 22 themenbezogene Versammlungen im Sinne der Fragestellung angezeigt:

	Jan	Feb	Mar	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Jahr 2023									0	0	0	0
Jahr 2024	1	1	1	0	0	2	3	0	2	0	0	0
Jahr 2025	1	0	1	0	2	4	4	0				

Quelle: Veranstaltungsdatenbank Berlin (VDB), Stand: 8. August 2025

Darüber hinaus wurde in dem Zeitraum vom 8. bis 15. September 2024 zu einer sogenannten "Görli-Aktionswoche" aufgerufen. In diesem Zusammenhang wurden lediglich am ersten Tag, dem 8. September 2024, ca. 50 Personen – überwiegend Familien mit Kindern – festgestellt, die Spiele spielten, Live-Musik darboten und Informationsstände im Park betrieben. Die Aktivitäten standen in thematischem Zusammenhang mit der geplanten Umzäunung des Görlitzer Parks.

Frage 12:

Wie viele zusätzliche Einsatzkräftestunden von Polizei, Ordnungsamt oder privaten Sicherheitsdiensten wurden bisher zur Sicherung der Bauarbeiten an der Umfriedung des Görlitzer Parks geleistet?

Antwort zu 12:

Die angegebenen Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Polizei-Managementsystem Ressourcendatenbank (PolMan RS-DB) entnommen. Da im laufenden Prozess und zum Jahresabschluss eine nachgelagerte Qualitätssicherung erfolgt, kann der Datenbestand Änderungen unterliegen. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen.

Seit Beginn der Bauarbeiten zur Umfriedung des Görlitzer Parks wurden im Zeitraum vom 24. Juni 2025 bis zum Stichtag der Abfrage am 7. August 2025 durch die Polizei Berlin im erfragten Themenzusammenhang insgesamt zusätzlich 2.190 Einsatzkräftestunden geleistet (Quelle: PolMan RS-DB, Stand: 7. August 2025).

Frage 13:

Plant der Senat Alternativen zum umstrittenen Zaunbau und der nächtlichen Schließung des Görlitzer Parks? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht

Antwort zu 13:

Nein – der Senat ist von der positiven Wirkung der Umfriedung überzeugt.

Frage 14:

Hat der Senat seit dem Sicherheitsgipfel am 8. September 2023 weitere Maßnahmen zur Ergänzung des Pakets diskutiert oder beschlossen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

Antwort zu 14:

Aufgabe des Sicherheitsgipfels für mehr Sicherheit und Sauberkeit ist es, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen. Das ist geschehen.

Frage 15:

Plant der Senat den Einsatz von Videoüberwachung im Görlitzer Park und den angrenzenden Wohngebieten im Zuge der ASOG-Novelle? Wenn ja:

- a. Wo genau soll Videoüberwachung installiert werden?
- b. Welcher Zeitplan liegt vor?

Frage 16:

Mit welchen finanziellen Mitteln und in welcher Höhe soll sie umgesetzt werden? Soll im Rahmen einer eventuell geplanten Videoüberwachung im Görlitzer Park zusätzlich Künstliche Intelligenz zum Einsatz kommen? Falls ja:

- a. In welcher genauen Form, zu welchem Zweck und auf welcher rechtlichen Grundlage?
- b. Wer ist die verantwortliche Institution?
- c. Werden die Bilder gespeichert und wenn ja, wo und wie lange?
- d. Mit welchen Kosten rechnet der Senat für KI-gestützte Videoüberwachung

Antwort zu 15 und 16:

Im Zuge der ASOG-Novelle ist die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für eine Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten geplant. Entscheidungen über Zeitplan und konkrete Standorte werden zu einem späteren Zeitpunkt in Abhängigkeit der finanziellen Rahmenbedingungen getroffen.

Frage 17:

Mit welchen Kosten rechnet der Senat, falls Klagen von Anwohnenden gegen die Allgemeinverfügung zur nächtlichen Schließung erfolgreich sind und ein Rückbau der Tore o. Ä. verfügt wird?

Antwort zu 17:

Davon ist nicht auszugehen.

Frage 18:

Wann und nach welchem Verfahren soll die Evaluation der nächtlichen Schließung des Görlitzer Parks stattfinden?

Antwort zu 18:

Die Evaluation läuft seit dem Frühjahr 2025. Es ist eine Untersuchung der Veränderung der faktischen und subjektiv empfundenen Sicherheit im Görlitzer Park und den angrenzenden Kiezen auf Basis von quantitativen und qualitativen Daten.

Es sind Vorher-Nachher-Vergleiche der im Erhebungszeitraum 2025-26 zu erhebenden Daten durchzuführen. Des weiteren gehört auch die Durchführung von Bürgerinnen- und Bürgerbefragung-/ beteiligungen über gezielte Ansprachen und Austauschformate sowie die Organisation und Durchführung von Runden Tischen, Empfehlungen zur Weiterführung/ -entwicklung der Maßnahme nächtliche Schließung Görlitzer Park sowie deren Dokumentation dazu.

Frage 19:

Wird der Senat, falls die Evaluation ein negatives Ergebnis (z. B. Verdrängung in Wohnviertel, unverhältnismäßige Kosten, keine Reduzierung von Kriminalität) liefert, die Schließungsanordnung aufheben? Wenn nein, warum nicht?

Antwort zu 19:

Nach Abschluß der Evaluation wird es dazu eine Entscheidung geben.

Frage 20:

Wird der Senat im Falle eines negativen Evaluationsergebnisses den Rückbau der Zaunanlagen anordnen? Mit welchen Kosten wäre zu rechnen?

Antwort zu 20:

Ein Rückbau der Zaunanlagen ist nicht nötig, da die Tore kein dauerhaftes Zugangshindernis darstellen.

Frage 21:

Verfolgt der Senat derzeit Pläne für ein landesweites, ganzheitliches Konzept zu Armut, Obdachlosigkeit und Drogenpolitik? Wenn ja: Welche Dienststellen und Akteure sind in Leitung und Umsetzung eingebunden (Fach- und Bezirksämter, NGOs etc.), wie ist der Umsetzungsstand und welche präventiven bzw. aufsuchenden Angebote (z. B. Streetwork, Konsumräume, Sozialarbeit) wurden im Rahmen dieses Konzepts bislang geschaffen oder ausgeweitet? Wenn nein: Aus welchen Gründen verzichtet der Senat auf ein solches Gesamtpaket?

Antwort zu 21:

Eine Maßnahme des Sicherheitstischs ist die aktuelle Erarbeitung einer gesamtstädtischen Strategie zur Stärkung von Sicherheit und Sauberkeit sowie zur Bekämpfung von Sucht und Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum – mit gemeinsamen übergreifenden strategischen Zielen aller involvierten Ressorts.

Hierzu sind alle Teilnehmenden des ressortübergreifenden Lenkungsausschusses aufgefordert ihren Input zu liefern. Im Lenkungsausschuss wird die Strategie diskutiert und dann auch verabschiedet. Hierzu liefern aktuell Senatsverwaltungen, als auch Bezirke und NGOs (Fixpunkt, Gangway) Anregungen. Die Geschäftsstelle Sicherheitstisch führt diese zusammen.

Der Senat vertritt die Auffassung, dass die nachhaltige Bekämpfung von Obdachlosigkeit nur im Rahmen eines landesweiten, ganzheitlichen Konzeptes möglich ist.

Mit den Strategiekonferenzen zur Wohnungslosenhilfe, die seit 2018 stattfinden, wird dieser Sichtweise Nachdruck verliehen. In die Strategiekonferenzen sind alle relevanten Akteure einschließlich der Betroffenen und deren Perspektive eingebunden und maßgeblich.

Die 7. Berliner Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe am 5. Juni 2024 diente als Auftakt der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung, die Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenhilfe in einem ressortübergreifenden und partizipativen Prozess weiterzuentwickeln. Die Strategiekonferenz möchte diejenigen Themen und Handlungsfelder der Wohnungsnotfallhilfe diskutieren, welche keine festen Formate und Gremien haben, in denen sie bearbeitet werden. So werden etwa die Herausforderungen in der gesundheitlichen Versorgung

wohnungsloser Menschen in der Landesgesundheitskonferenz Berlin kontinuierlich bearbeitet und Empfehlungen entwickelt.

Bezüglich der aktuellen Entwicklungen der Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenpolitik wird auf die Beantwortung der Frage 3 zur Drucksache 19/23201 verwiesen.

Die Senatssozialverwaltung hat das Instrument der Sozialberichterstattung etabliert. Die Sozialberichterstattung im Land Berlin hat zum Ziel, Grundlagen für eine evidenzbasierte und somit zielgerichtete, wirksame Sozialpolitik zur Verminderung von Armut und zur Stärkung von Armutsprävention zu liefern. Hierfür werden Daten zur sozialen Lage der Berliner Bevölkerung erhoben, ausgewertet und verständlich aufbereitet. Die Ergebnisse sollen in Basis- und Fokusberichte einfließen sowie in Form von Dashboards aufbereitet werden.

Die Befunde sollen in den o. g. Formaten regelmäßig der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die vorhandenen Strategien sind auf spezifische Zielgruppen abgestimmt (z.B. obdachlose Menschen, Kinder und Jugendliche) und werden in dezentraler Zuständigkeit entwickelt und umgesetzt.

In Hinblick auf die Reduzierung von Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche verfolgt der Senat ein gesamtstädtisches Konzept. Mit der Berliner Strategie gegen Kinderarmut, die er 2021 beschlossen hat, wird das Ziel verfolgt, die vielfältigen Folgen finanzieller Armut für Kinder und Jugendliche gezielt zu reduzieren.

Dafür wurden 15 strategische Ziele aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen formuliert und fünf strategische Leitlinien definiert, die für die Umsetzung der Strategie im Land wie auf bezirklicher Ebene maßgeblich sind.

Neben der Geschäftsstelle der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF), die maßgeblich mit der Steuerung der Prozesse befasst ist, arbeiten in allen 12 Bezirken auch Koordinierende für Armutsprävention und/oder Kernteams an der Umsetzung der Strategie vor Ort. Ziel ist, eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu gestalten, die dazu beiträgt, Armutsfolgen in den Handlungsbereichen Bildung, Teilhabe, Gesundheit und materielles Wohlergehen zu reduzieren. Darüber hinaus sind die Gremien der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut auf Arbeits- wie auf Lenkungebene mit der Weiterentwicklung der Strategie und ihrer Umsetzung befasst.

Bezogen auf den Görlitzer Park wirkt die SenBJF auf übergeordneter Steuerungsebene in enger Abstimmung mit den fachlich zuständigen Senatsverwaltungen sowie mit freien Trägern und weiteren Leistungserbringern zusammen. Darüber hinaus ist die SenBJF an der Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere beteiligt.

Die Problemlagen, die an Orten wie dem Görlitzer Park bestehen – insbesondere in Bezug auf sichtbare Wohnungslosigkeit, offenen Drogenkonsum und damit häufig verbundene Straftaten von erheblicher Bedeutung (z. B. Raubdelikte, gefährliche Körperverletzungen, gewerbsmäßiger oder bandenmäßiger Taschendiebstahl) – sind bekannt. Diese decken sich grundsätzlich mit denen der sogenannten kriminalitätsbelasteten Orte (kbO) (vgl. auch Schriftliche Anfrage S 19/20562).

Im Görlitzer Park (Bezirksregion 023004, Südlichen Luisenstadt, Gemeinschaftsinitiative -Gebiet 8 „Kreuzberg Nord“) kommen verschiedene sozialpädagogische Angebote zur Anwendung, die auf Schadensbegrenzung sowie die Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zielen.

Hierzu zählen insbesondere die Landesprogramme der aufsuchenden Jugendsozialarbeit/Streetwork durch Gangway sowie der sportorientierten Jugendsozialarbeit der Berliner Sportjugend und der Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit im Projekt SpOrt365 (Sportflächen, die allen täglich frei und kostenlos zur Verfügung stehen). Diese Angebote sind integraler Bestandteil der sozialräumlichen Infrastruktur.

Im Rahmen der Umsetzung des „Gipfels gegen Jugendgewalt“ vom 22. Februar 2023 zu konkreten Maßnahmen zur Prävention von Jugendgewalt in den Jahren 2023–2025 wurden die genannten Handlungsfelder gemäß § 13 Absatz 1 SGB VIII in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg durch finanzielle Aufstockungen personell und strukturell ausgebaut.

Frage 22:

Wie bewertet der Senat den Zusammenhang zwischen Zaunbau, nächtlicher Schließung und Videoüberwachung im Görlitzer Park einerseits und möglichen Verdrängungseffekten von Drogenkonsum sowie -handel in angrenzende Kieze andererseits?

Antwort zu 22:

Die Umfriedung und Schließungsmöglichkeit der Parkanlage mit ihrer sichtbeschränkenden Bepflanzung und -bebauung lässt insbesondere in den Nachzeiten einen Rückgang der teils gravierenden Straftaten vor Ort erwarten. Eine höhere soziale Kontrolle im Bereich von Wohn- und Gewerbebebauung als Teil des öffentlichen Raumes stellt einen maßgeblichen kriminalitätsmindernden Faktor gegenüber einer Parkanlage bei Dunkelheit mit geringerem Entdeckungsrisiko einer Straftatenbegehung dar. Fehlende Anreize und Gelegenheitsstrukturen für Straftäterinnen und -täter verbessern somit die objektive Sicherheitssituation und verstärken zugleich das individuelle Sicherheitsempfinden.

Die Begehung von Straftaten steht im Gefüge eines komplexen Systems von Einflussfaktoren ganz maßgeblich in Abhängigkeit zu örtlichen Voraussetzungen, jeweiliger Personenbeteiligung bzw.

individuellen Tatumständen und ist nicht unmittelbar auf polizeiliche bzw. sicherheitspolitische Maßnahmen im Sinne sogenannter Verdrängungseffekte zurückzuführen.

Die Polizei Berlin betrachtet die Fallzahlen registrierter Straftaten und deren Entwicklung unter Berücksichtigung örtlicher Bezüge, deliktischer Aspekte, Tatzeiten, erkannter Kriminalphänomene sowie weiterer Faktoren, um an den relevanten Örtlichkeiten die polizeilichen Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung gezielt auszurichten. Im Rahmen von Einsätzen erfolgt ein koordiniertes taktisches Vorgehen, um unter anderem Ausweichbewegungen relevanter Personen zu begegnen und hierdurch Gefahren für die Öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren bzw. die Begehung von Straftaten zu verhindern.

Den vielfach dem Drogenkonsum zugrundeliegenden Suchterkrankungen von Betroffenen kann nicht ausschließlich durch polizeiliche Mittel und Maßnahmen effektiv begegnet werden. Für eine nachhaltige Lösung zwingend erforderlich sind vielmehr gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen, daher können durchgreifende und langfristig wirksame Verbesserungen nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Zusammenarbeit erfolgen.

Frage 23:

Wie stellt der Senat sicher, dass Grundrechte wie Versammlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Datenschutz im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Görlitzer Park nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden?

Antwort zu 23:

Die Polizei Berlin ist neutrale Garantin für die Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit und schützt Versammlungen in vollem Umfang unter Beachtung der Normen des Versammlungsfreiheitsgesetzes Berlin. Das in Artikel 8 des Grundgesetzes verankerte Recht, selbst zu bestimmen, wo und unter welchen Modalitäten eine Versammlung stattfinden soll, gilt für Bereiche, in denen ein öffentlicher Verkehr eröffnet ist. Die Versammlungsfreiheit verschafft hingegen kein dauerhaftes Zutrittsrecht zu beliebigen Orten, die der Öffentlichkeit nicht durchgehend allgemein zugänglich sind.

Die nächtliche Schließung des Görlitzer Parks schränkt die Bewegungsfreiheit der Nutzenden nicht im Übermaß ein. Vielmehr schützt sie potenzielle Opfer schwerer Straftaten, minimiert Tatgelegenheitsstrukturen und dürfte dem Erhalt der Grünanlage und ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung zuträglich sein. Die Bestimmungen zum Datenschutz werden im Zuge der geplanten Maßnahmen vollumfänglich beachtet.

Frage 24:

Gab es im Zusammenhang mit den Maßnahmen Beschwerden oder Klagen wegen polizeilichen Fehlverhaltens, Racial Profiling oder unverhältnismäßigen Kontrollen? Wenn ja, wie viele, und wie wurden diese bearbeitet?

Antwort zu 24:

Nein.

Berlin, den 22.08.2025

In Vertretung
Britta Behrendt
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Nr. 19/23511

Maßnahme	Titel	Inhalt	Bezirk	Betrag 2024	2025 in Euro
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Aufstockung	Tempelhof-Schöneberg	93.306,00 €	132.302,60 €
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen Allgemeiner	Nachtlicher Rudolph-Wilde-Park	Tempelhof-Schöneberg Charlottenburg-	65.000,00 €	0,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Wilmerdorf	113.860,00 €	152.640,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Lichtenberg	86.464,00	145.020,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Neukölln	100.110,00	152.640,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Pankow Steglitz-	84.140,00	140.920,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Zehlendorf Tempelhof-	79.240,00	152.640,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Schöneberg	79.240,00	152.640,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Spandau	79.240,00	152.640,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Reinickendorf Marzahn-	123.860,00	152.640,00 €
M17	Ordnungsdienst Allgemeiner	Polizeipräsenz und Prävention	Hellersdorf Treptow-	90.780,00	152.640,00 €
M17	Ordnungsdienst	Polizeipräsenz und Prävention	Köpenick	86.260	167.104,00 €
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Beschäftigungsprojekt Dorgenkonsumierende	Neukölln	60.000	72.000
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Durch aufsuchende Sozialarbeit betreute Wohnboxen	Neukölln	20.000	80.000
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Wiederherstellung übernutzter Flächen	Neukölln	80.000	0
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Wohnboxen Save Places	Neukölln	60.000	0

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Nr. 19/23511

M5	Parkläufer und andere präventionsmaßnahmen	Schließfächer für Obdachlose	Neukölln	250.000	0
M5	Parkläufer und andere präventionsmaßnahmen	Schnittstelle aufsuchende Sozialhilfe	Neukölln	114.110	0
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Zaun Schule und Hort	Neukölln	100.000	0
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Gemeinwesenbezogene Sozialarbeit	Lichtenberg	157.000	157.000
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Gemeinwesenbezogene Sozialarbeit im Rahmen von Obdachlosigkeit und Sucht in Spandauer Grünanlagen	Spandau	66.000	70.000
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Gemeinwohlorientierter Platzdienst	Mitte	137.500	0
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Aufsuchende Sozialarbeit für Suchtprävention in Parks und an Schulen	Charlottenburg-Wilmersdorf	79.153	84.377
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Parkläufer	Charlottenburg-Wilmersdorf	79.151	84.377
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Gemeinwesenbezogene Sozialarbeit	Steglitz-Zehlendorf	158.306	168.754
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Gemeinwesenbezogene Sozialarbeit	Reinickendorf	158.000	158.000
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Notübernachtung Teupitzer Straße	Neukölln	40.000	0
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Awarness-Team Mauerpark	Pankow	32.482	70.096
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Beleuchtung Schlesischer Busch	Treptow-Köpenick	217.200	132.307
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Umgang mit informellem Wohnen + aufsuchende Sozialarbeit	Marzahn-Hellersdorf	0	14.972

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Nr. 19/23511

M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Peer Projekt Fixpunkt GmbH	Neukölln	0	53.050
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Notübernachtung	Neukölln	0	20.000
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Peer Projekt Fixpunkt GmbH	Neukölln	0	74.000
				2.890.402,00 €	2.892.759,60 €

Maßnahme	Titel	Inhalt	Bezirk	Betrag 2024	2025 in Euro
M3	Angebote öffentl. Raum	Zentrale Koordinationsstelle Mitte ab 2.2.2024	Mitte	97.875	120.975
M11	Angebote öffentl. Raum	Zusätzliche Angebote in Gastronomie, Sportveranstaltung und Kultur	Mitte	300.000	0
M3	aufsuchende Sozialarbeit	Aufbau einer Kontaktstelle	Mitte	188.488	170.480
M6	Kiezhausmeister	Kiezhausmeister 01 - Toilette am vorderen	Mitte	180.000	227.000
M4	personalbesetzte Toilette	Leopoldplatz (Müllerstraße)	Mitte	35.135	70.270
M4	personalbesetzte Toilette		Mitte	3.700	10.550
M11	Angebote öffentl. Raum	kulturelle Belebung Leopoldplatz Zwischennutzung von	Mitte	0	300.000
M11	Angebote öffentl. Raum	Infrastrukturen	Mitte	100.000	10.000
M4	Sauberkeit und Sicherheit	personalbesetzte Toiletten	Mitte	97.800	0
M4	Sauberkeit und Sicherheit	personalbesetzte Toiletten	Mitte	58.365	118.280
M8	Tageseinrichtung	Kontakt- und Beratungsstelle der Suchthilfe	Mitte	241.000	241.000
				1.302.363,00 €	1.268.555,00 €

Maßnahme	Titel	Inhalt	Bezirk	Betrag 2024	2025 in Euro
M3/M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Gemeinwesenbezogene aufsuchende Sozialarbeit	F-K	100.000,00 €	0

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Nr. 19/23511

M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Niedrigschwelliges Beschäftigungsprojekt für drogengebrauchende Menschen	F-K	50.000,00 €	0
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Einsatzintensivierung Park- und Kiezläuferinnen und -läufer im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg	F-K	450.000,00 €	0
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Einsatzleitung Park- und Kiezläuder*innen Görlitzer Park	F-K	80.000,00 €	0
M6	Kiezhausmeister	Ausweitung Kiezhausmeisterei in Friedrichshain-Kreuzberg	F-K	250.000,00 €	0
M4	personalbesetzte Toiletten	Mobile Toilettenbetreuung – Erweiterte Bereitstellungsmaßnahmen für öffentliche Toiletten	F-K	807.000,00 €	808.000,00 €
M6	Kiezhausmeister	Ausweitung Kiezhausmeisterei in Friedrichshain-Kreuzberg	F-K	0,00 €	345.000,00 €
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Parkläufer	F-K	0,00 €	288.000,00 €
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Sozialarbeit Görlitzer Park	F-K	0,00 €	69.000,00 €
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Sozialarbeit	F-K	0,00 €	100.100,00 €
M5	Parkläufer und andere Präventionsmaßnahmen	Beschäftigungsprojekt	F-K	0,00 €	130.000,00 €
M6	Kiezhausmeister	Sportgeräte Görlitzer Park, Kulturprojekt, Kletterangebot	F-K	174.220,00 €	0,00 €
M3	aufsuchende Sozialarbeit	Projekt Kottbusser Tor	F-K	0,00 €	102.100,00 €
Gesamt				1.911.220,00 €	1.842.200,00 €

Maßnahme	Titel	Inhalt	Bezirk	Betrag 2024	2025 in Euro
-----------------	--------------	---------------	---------------	--------------------	---------------------

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Nr. 19/23511

	Spielplatzsanierung, Spielplatzerweiterung Lohmühlenstraße	Sanierung/ Säuberung			
M16	Görlitzerbahndamm	Spielplätze Schlesischer Busch	T-K	260.000	244.500,00 €
M5	Gemeinwohlbezogene Sozialarbeit		T-K	100.000	100.000,00 €
Gesamt				360.000	344.500
Gesamt Bezirke				6.463.985,00 €	6.348.014,60 €

Senatsverwaltungen

SenWGP

Maßnahme	Titel	Inhalt	SenWGP	Betrag 2024	2025 in Euro
M8	Sucht und Unterbringung	Tageseinrichtung		369.320,11 €	431.793,00 €
M2	Sucht und Unterbringung	Beratungsmobil		69.600,00	0,00 €
M2	Sucht und Unterbringung	2 Konsummobil		223.200,00	501.619,00 €
M8	Tageseinrichtung	Tageseinrichtung		359.000,00	522.525,00
M9	Substitutionsangebote	Substitutionsangebote- Ausbau weiteres Behandlungszentrum Niedrigschwellige aufsuchende Sozialarbeit für substanzgebrauchende Menschen im öffentlichen Raum durch die Träger Notdienst Berlin e.V. und vista gGmbH in den tages-und frühen		283.876,23	-
M3	aufsuchende Sozialarbeit	Abendstunden Fixpunkt-Interventionsteam „Aufsuchende		275.422	413.133,00
M3	aufsuchende Sozialarbeit	Straßensozialarbeit“		178.370	391.117,00
M2	Drogenkonsumangebot	Drogenkonsumraumangebot		860.000	1.164.777,25
M8	Crackstudie	Erweiterung Öffnungszeiten		200.000	200.000,00
M8	Tageseinrichtung	Kontaktladen Büloweck		100.173	586.811,00

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Nr. 19/23511

M8	Tageseinrichtung	Sicherheitsdienstleister Kontaktladen Büloweck	21.351	84.709,00
M3	aufsuchende Sozialarbeit	ASOG-Einrichtung Zerifikationsangebot soziale	36.600	280.900,00
M2	Drogenkonsumangebot	Arbeit	0	23.900,00
M8	Drogenkonsumangebot	Tageseinrichtung und Drogentherapie	0	200.000,00
Gesamt SenWGP			2.976.912,70 €	4.801.284,25 €

Maßnahme	Titel	Inhalt	SenInnen	2024	2025 in Euro
M17	Ordnungsämter	Materialien für Bürgergespräche		33.825	0
M17	Ordnungsämter	Drogentests		50.000	0
M17	Ordnungsämter	2 Bürgermobile		360.000	0
Gesamt SenInnen				443.825	0

Maßnahme	Titel	Inhalt	SenASGIVA	Betrag 2024	2025 in Euro
M7	Unterbringung	Sicherung Evas Obdach		1.200.000,00 €	0

Maßnahme	Titel	Inhalt	SenMVKU	Betrag 2024	2025 in Euro
M14	Beleuchtung	Beleuchtung Görlitzer Park		897.433,00 €	0
		Bleuchtung Leopoldplatz		202.152,00 €	0
M15	Umfriedung	Evaluation		0,00 €	85.370,60 €
		Bewirtschaftung Zaun		0,00 €	775.000,00 €
		Bau Umfriedung		125.973,61 €	1.615.848,44 €
Gesamt SenMVKU				1.225.558,61 €	2.476.219,04 €

Gesamt					
Senatsverwaltungen				5.846.296,31 €	7.277.503,29 €
Gesamt Bezirke und					
Senatsverwaltungen				12.310.281,31 €	13.625.517,89 €